

Kühne, Karl

Article — Digitized Version

Retrospektiver Optimismus der acht Weisen: Der McCracken Bericht im Zwielight

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kühne, Karl (1977) : Retrospektiver Optimismus der acht Weisen: Der McCracken Bericht im Zwielight, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 8, pp. 399-403

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135100>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Retrospektiver Optimismus der acht Weisen

Der McCracken-Bericht im Zwielficht

Karl Kühne, Brüssel

Kürzlich wurde von einer Expertengruppe ein im Auftrage der OECD erstellter Bericht der Öffentlichkeit vorgelegt, in dem Schlußfolgerungen aus den jüngsten inflatorischen und rezessiven Entwicklungen der westlichen Volkswirtschaften gezogen und Empfehlungen für eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung und Preisstabilität gemacht werden ¹⁾. Wie ist dieser sogenannte McCracken-Bericht zu beurteilen?

In einem Augenblick, da mindestens in der Bundesrepublik und in Italien die Furcht vor einer neuen Rezession um sich greift, könnte der Bericht, der im Juni von einem Sachverständigen-Gremium im Auftrag der OECD der Öffentlichkeit übergeben wurde, Anlaß zur Beruhigung geben. Immerhin ist er von einer Reihe von Koryphäen der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik des Westens unterzeichnet worden: Der frühere Vorsitzende des Beirats des amerikanischen Präsidenten, Paul McCracken, fungierte als Präsident der Gruppe. Mit ihm wirkten zusammen Guido Carli, der frühere Gouverneur der Bank von Italien und jetzige Vorsitzende des italienischen Industrieverbandes, der Weltbankdirektor Attila Karaosmanoglu, ein türkischer Ökonom, sowie die Professoren Herbert Giersch (Kiel), Ryutaro Komiya (Tokio), Assar Lindbeck (Stockholm), Robin Matthews (Cambridge) und Robert Marjolin (Paris), nachdem Prof. Raymond Barre bei Übernahme des Amtes des französischen Ministerpräsidenten ausgeschieden war. Wie man sieht, handelt es sich um ein Gremium vorwiegend konservativer Ökonomen.

Serie von „Betriebsunfällen“

Konservativ sind denn auch die Diagnosen ausgefallen. Was geschehen ist, war eine Serie von „Betriebsunfällen“: Es begann mit dem Vietnam-Krieg, der unglücklicherweise nicht durch Steuererhöhungen finanziert wurde und zudem noch von einem ehrgeizigen Sozialprogramm begleitet war, womit von Amerika ausgehend exzessive

Nachfragebedingungen in der ganzen Welt geschaffen wurden. In Europa kam es in diesem Klima zu Lohnexplosionen. Die Regierungen suchten die Nachfrage zu dämpfen, womit 1970/1971 eine Mini-Rezession beiderseits des Atlantik einsetzte. Das Wahljahr 1972 führte zu einer starken expansionären Politik. Das Resultat war eine Verdreifachung des amerikanischen Zahlungsbilanz-(official settlements)Defizits von 10 Mrd. Dollar 1970 auf 30 Mrd. Dollar 1971 – die Welt „schwamm in Dollars“. Und im August 1971 begann mit Nixons Nichtkonvertibilitätserklärung das „große Floating“ bzw. der Zusammenbruch des Festwährungssystems. Die Grundlage für eine gigantische monetäre Expansion war geschaffen – spekulative Übersteigerungen kamen hinzu und endeten im Boom 1972/73, in der Rohstoffpreissteigerung und im Schock der Ölpreiserhöhung durch das OPEC-Kartell.

Von 1970 bis 1972 wurde die Geldmenge (M2) in den führenden Industrieländern im Schnitt um 14 bis 15 % pro Jahr vermehrt (Ziffer 38). Während aber in den USA von der Fiskalseite her seit 1971 eine gewisse Bremse einsetzte, verstärkte die Fiskalpolitik in Europa und Japan bis 1972 und teilweise (Frankreich, Italien) noch 1973 den Aufschwung. Dieser dauerte über 18 Monate unvermindert stark und mit enger Synchronisierung in den führenden Ländern an. Allerdings betonen die Autoren, eine solche Synchronisierung habe sich auch schon 1968/69 ergeben ebenso wie eine gesteigerte Inanspruchnahme von Rohstoffen. Das Einzigartige an diesem Aufschwung war – so betonen sie – einzig und allein das Tempo: Die Industrieproduktion stieg von Mitte 1972 auf Mitte 1973 um 10 %, das Bruttosozialprodukt der OECD um 7,5 %.

Dr. Karl Kühne, 59, ist seit 1959 bei der EG in der Generaldirektion „Verkehr“ in Brüssel tätig. Er beschäftigt sich zudem mit Konjunktur-, Wettbewerbs- und Steuerfragen.

¹⁾ OECD: Towards Full Employment and Price Stability (Paul McCracken, Guido Carli, Herbert Giersch, Attila Karaosmanoglu, Ryutaro Komiya, Assar Lindbeck, Robert Marjolin und Robin Matthews), Paris, Juni 1977.

Die inflationäre Übersteigerung führt der Bericht auf das Zusammentreffen dieser Steigerungsrate mit Mißernten zurück, die die Lebensmittelpreise Mitte 1972/73 um 13,5 % hochtrieben. Bis zum Sommer 1975 sanken die Weltweizenvorräte zum Beispiel auf einen Bestand, der dem Weltverbrauch von sechs Wochen entsprach, statt eines Normalbestandes von vier Monaten (Ziffer 42 f.).

Der Rohstoffboom setzte etwas später ein, wurde aber verstärkt wirksam angesichts der Tatsache, daß die Vorräte seit dem Koreakrieg stetig abgenommen hatten. Die Rohstoffpreise verdoppelten sich von Mitte 1972 bis Mitte 1973.

In der Zusammenfassung steht der in sich problematische Satz: „Die fortgesetzte Verfolgung scharf restriktiver Politik nach der Erdölpreissteigerung war eine kontroverse Entscheidung, aber in den meisten Ländern gab es keine praktikable Alternative, denn die OPEC-Beschlüsse lösten ein Wiederaufleben spekulativer Verhaltensweisen und eine größere neue Preis-Lohn-Spirale aus. Die Auswirkungen dieser Politik waren jedoch stärker, als man erwartet hatte ...“ (Seite 7).

Das dürfte eben der Kernpunkt sein: Eine Rezession war praktisch im Herbst 1973 in einigen der führenden Ländern im Gange. Man hat das allerdings vor Herbst 1974 kaum erkannt. Immerhin konnte man es sich um die Jahreswende 1973/74 an den fünf Fingern abzählen, daß, wenn rezessive Tendenzen mit dem mindestens kurzfristigen gigantischen Kaufkraftstillelegungseffekt der Erdölpreissteigerung zusammentrafen, eine ebenso massive Rezession weltweit einsetzen mußte. Die verspätete Reaktion der Regierungen, die erst um die Jahreswende 1974/75 einsetzte, ist eigentlich der „Kunstfehler“ par excellence, und diesen anzuprangern scheut sich der Bericht.

Plädoyer für Wachstum

Die Autoren halten nicht viel von den Prophezeiungen des „Clubs von Rom“, von denen das Sekretariat im Anhang (S. 27 ff.) feststellt, daß sie schon von der zweiten Studie (*Mesarovic/Pestel*) und dann in einer Studie der *Fundación Bariloche* eine erhebliche Einschränkung erfuhren; das Sekretariat meint, es sei besser, nicht an eine allgemeine Ressourcenverknappung zu denken, die durch den technischen Fortschritt überspielt werden könne, wohl aber an Verknappungen bestimmter Lebensmittel, Energieträger und Rohstoffe.

Vor allem betonen die Autoren, daß ein Aufstieg der Dritten Welt eine Fortdauer des Wachstums in den Industrieländern, nicht dessen Verlangsamung voraussetzt (Ziffer 175 ff.). Allerdings ist in den Industrieländern eine Verlagerung des

Wachstums auf die Dienstleistungen sowie auf Muße zu erwarten. Damit verbunden dürften sich soziale Spannungen und Ungleichgewichte ergeben. Die Inflation sei bereits jetzt eines der Hauptsymptome dieser Entwicklung.

So plädiert denn der Bericht für ein Wachstumsziel von rund 5,5 % beim Bruttosozialprodukt um 8,5 % beim Welthandel – Ziffern, die überraschen mögen, denn sie entsprechen einer Wiederaufnahme des alten Wachstumstrends der fünfziger und sechziger Jahre, von dem viele Ökonomen glauben, daß er einmalig war.

Gefahren sehen die Autoren lediglich im Verteilungskampf, obwohl das Wachstum diesen entspannen sollte; sie meinen, daß Konflikte zwischen dem Gleichheitsziel und dem Ziel der Effizienz entstehen können. Zur Frage der Arbeitslosigkeit spricht sich der Bericht dafür aus, man müsse „trotz allen Zögerns eine langsamere Verringerung der Arbeitslosigkeit jetzt hinnehmen, damit man später niedrigere Arbeitslosigkeitsniveaus durchsetzen kann“ (Zusammenfassung, S. 13). Sie haben Hoffnung auf die Durchsetzbarkeit einer sinnvollen Einkommenspolitik, denn sie meinen, die Haltung der Sozialpartner habe sich unter dem Eindruck von Inflation und Rezession gewandelt (Ziffer 376), so daß eine „Versöhnung der rivalisierenden Ansprüche“ eher möglich sei. Es wird eine beispielgebende Lohnpolitik für den öffentlichen Sektor empfohlen, der keine Übersteigerungen erfahren dürfe, aber auch nicht unter dem allgemeinen Trend bleiben dürfe, der dann würden sich Verzerrungen in der Einkommensstruktur ergeben. (Ziffer 378 ff.).

In bestimmten Fällen hält es der Bericht als „Notmaßnahme“ für akzeptierbar, Preis- oder Lohnstopps durchzuführen, um die Spirale zu durchbrechen und eine Atempause zu schaffen (Ziffer 390).

Die Autoren betonen, die Gründe für die Entwicklung in den Jahren 1971 bis 1975 ließen sich im Rahmen der „konventionellen ökonomischen Analyse“ gut erklären. Entscheidend sei eben die Bündelung unglücklicher Umstände, die durch vermeidbare Fehler der Wirtschaftspolitik potenziert wurden. Sie sagen daher mit apologetischem Zungenschlag: „Wir werfen die Ansicht ab, daß die bestehenden marktorientierten Wirtschaftssysteme und die demokratischen politischen Institutionen versagt haben. Erforderlich ist nur, daß vorhandene Instrumente der Wirtschaftspolitik besser angewendet werden und daß die vorhandenen Marktmechanismen besser funktionieren und besser gehandhabt werden...“ (Zusammenfassung, S. 9).

Hier wird jedoch ein Strohmann aufgebaut: Man sieht nicht recht, von welcher Seite solche K

tiken geltend gemacht worden sein sollen. Aber das eigentliche Problem liegt doch eben darin, welche Fehler gemacht wurden, ob diese nicht gewissermaßen in den Institutionen oder politischen Konzeptionen vorprogrammiert sind und wieweit eben der Marktmechanismus als solcher funktionieren und „gehandhabt“ werden kann. Erstens ist es nicht nur eine Sache der wirtschaftspolitischen Technik, sondern auch eine Frage der grundsätzlichen Zielsetzungen und Auffassungen, wie die Instrumente der Wirtschaftspolitik angewendet werden. Zweitens geht es darum, welche Instrumente von der einen oder anderen Richtung bevorzugt werden und welche sich als ineffizient erwiesen haben. Drittens stellt sich die Frage, ob der Markt nicht seinen normalen Ablaufendenzen gefolgt ist, und in welcher Form er eben des „Managements“ bedarf, bzw. wieweit strukturelle Gegebenheiten geändert werden müssen. An solchen Fragen dürften sich die Geister scheiden.

Analyse ohne Tiefgang

Der Japaner *Komiya* hat in seinem Nachwort auf die inhärenten entstabilisierenden Tendenzen in der Marktwirtschaft hingewiesen. Aber weder er noch der Hauptbericht stellen die Frage, ob strukturelle Veränderungen oder eine kohärentere Verwendung des bereits vorhandenen breiten öffentlichen Sektors konjunkturstabilisierend wirken könnten. Ebenso wenig werden die Zusammenhänge zwischen Wachstum und Konjunkturzyklus angesprochen, und es wird auch nicht erörtert, inwieweit wir jetzt wieder den klassischen Konjunkturzyklus des 19. Jahrhunderts vor uns haben, der den Trend mit seinem Wiederauftauchen zwangsläufig beeinflussen und wahrscheinlich abflachen muß. Waren die fünfziger und sechziger Jahre vorwiegend durch Wachstumszyklen gekennzeichnet, so erhebt sich die Frage, warum jetzt wieder tiefere Konjunkturreinbrüche mindestens seit 1966/67 zur Regel werden. Darauf findet sich in dem Bericht keine Antwort; eine tiefergehende Analyse fehlt.

Entscheidend ist die Frage, warum die privaten Investitionen, deren Schwankungen sich in den fünfziger und sechziger Jahren in Grenzen hielten, diesmal in den führenden Industrieländern unisono in so breiten Amplituden schwankten, nahezu wie in den klassischen Zyklen des 19. Jahrhunderts, und warum der inzwischen sehr viel umfassendere öffentliche Sektor nicht ausgleichend wirkte, sondern die Schwankungen weitgehend mitmachte, wenn nicht verstärkte. Hier läge dann doch vielleicht die Schlußfolgerung nahe, daß eine Planung der Investitionen oder jedenfalls eine gezielte Steuerung durch

die Fiskalpolitik, unter Koordinierung mit der Geldpolitik, in Erwägung zu ziehen wäre.

Aus den diagrammatischen Darstellungen und den Tabellen, die der wertvollste Teil des Berichtes sind, läßt sich hierzu dreierlei ablesen: Erstens zeigt sich die tatsächliche Tiefe der Rezession im Vergleich zu den letzten beiden Rückschlägen von 1966/67 und 1970/71: Während in diesen eher als „Minirezessionen“ zu bezeichnenden Tiefpunkten die Unterausnutzung des Produktionspotentials der führenden Länder — das sogenannte „GNP gap“ — 4 bis 5 % nicht überstieg, betrug sie diesmal auf dem Tiefpunkt 1975 durchweg 10 %, in Japan sogar 14 %, allerdings in einigen Ländern weniger: 8 % in Großbritannien, rund 5 % in Kanada, Frankreich und Schweden (vgl. hierzu die Darstellungen in den Diagrammen 14, Seite 88 ff.).

Aus der Darstellung des „Fiscal Impact“ ergibt sich zweitens, daß dieser in seinen Schwingungen dem Haushaltsdefizit keineswegs immer entspricht. Zuweilen sind mit ausgeglichenen Haushalten (USA 1968/69, 1972/74, Frankreich 1966/67, Niederlande 1972) ausgesprochene Tendenzen zum „Fiscal Drag“, also zum Abwärtsziehen der Konjunktur verbunden. Drittens bringen selbst erhebliche Defizite nicht selten nur einen geringen „Fiscal Impact“ (Italien 1971/72) oder gar einen „Fiscal Drag“ (Italien 1973/74 und 1976, Großbritannien 1974–76, Bundesrepublik 1968/69). Italien (sowie Frankreich und Belgien) sind wohl gemeint, wenn der Bericht davon redet, manche Länder hätten einen „säkulären Hang zum exzessiven Defizit“ (Ziffer 323). Endlich hat der „Fiscal Impact“ nur in wenigen Fällen (Kanada, Japan) selbst auf dem Tiefpunkt der Rezession mehr als ein Fünftel des „GNP gap“ erreicht, d. h. die Unterausnutzung der Produktionskapazitäten auch nicht annähernd ausgeglichen. Mit anderen Worten: eine massive keynesianische Bekämpfung der Rezession hat keineswegs stattgefunden und ist nirgends auch nur annähernd versucht worden.

In der hochinteressanten Anhang-Tabelle A 8 wird der „Fiscal Impact“ in konstanten Preisen quantifiziert. Daraus ergibt sich eindeutig, daß in der Mehrzahl der führenden Länder der konjunkturelle Dämpfungseffekt 1973 und 1974 wirksam blieb, in Großbritannien sogar bis 1976 und in den USA seit 1971. Die Bundesrepublik versuchte allerdings 1974 Impulse zu geben, die jedoch auch zu schwach ausfielen. Erstaunlich ist, daß Länder wie Italien und Großbritannien, die der großzügigen Fiskalpolitik beschuldigt werden, hiernach in Wirklichkeit seit 1973 (mit Ausnahme des Jahres 1975 für Italien) konjunkturelle Dämpfungseffekte über ihre Fiskalpolitik auslösten.

Dennoch glauben die Autoren, daß ein „besseres Nachfragemanagement“ möglich sein müsse, mit dessen Hilfe man das Wachstum auf einen zugegebenermaßen „schmalen Pfad zur Vollbeschäftigung“ zurückführen könne: Die untere Grenze dieses Pfades muß bei der Mindestwachstumsrate liegen, bei der die Investitionen gerade noch aufrechterhalten werden, die Obergrenze dort, wo erneut inflationäre Erwartungen ausgelöst werden (Ziffer 301).

Allerdings will man mit dieser Rückführung auf den Wachstumspfad nicht das anrühige „fine tuning“ wieder durch eine Hintertür einführen“ (Ziffer 304). Trotz dieser Verbeugung vor dem monetaristischen Credo stellen die Autoren aber dann erstaunlicherweise fest, man könne die Untergrenze nach unten leichter verpassen als die Obergrenze durchbrechen: „Die Erfahrungen in der zweiten Jahreshälfte 1976 in manchen Ländern zeigen, daß man bald anfang, Investitionspläne nach unten hin zu korrigieren, sobald die Expansionsrate unter das Niveau fiel, bei dem Überschubkapazitäten in Anspruch genommen und Arbeitslose aufgesaugt werden...“ (Ziffer 302). Und in diesem Zusammenhang spricht der Bericht erstaunlicherweise davon, es bedürfe „der Injektion von Kaufkraft über eine Periode von Monaten oder gar Jahren hinweg“, allerdings mit ständiger Bereitschaft zum eventuellen Abstoppen.

Betrachtet man die obengenannte Tabelle, dann ist jedenfalls eine solche Injektion über die Fiskalpolitik im Zeitraum 1965 bis 1976 nur in wenigen Ländern erfolgt, und sie blieb im Schnitt unter 2% des Bruttosozialproduktes. Ausnahmen gelten nur für die USA 1967 (+ 3,88 %) und Japan 1975 (+ 3,15 %) — das sich dann auch am schnellsten erholte. Die Jahre mit positivem Effekt sind in den USA 1966/67, 1970 und 1975, in der Bundesrepublik 1965 und 1967, 1970/71 und 1974/75, in Frankreich 1967/68 und 1975, in Italien 1965/66, 1968/69, 1971/72, 1975 und in Großbritannien 1965, 1967 und 1972/73. Sonst herrscht „Fiscal Drag“ vor. Man kann also nicht gut sagen, daß die Inflation das Kind der Fiskalpolitik war!

Der Bericht dieser konservativen Autoren ist keineswegs im Sinne der Monetaristen einem „diskretionären Nachfragemanagement“ abhold und meint sogar, man verstünde jetzt mehr davon als vor zehn Jahren; allerdings müßte dies auf „mittlere Sicht“ praktiziert werden (Nachfragemanagement auf kurze Sicht wird so mit dem verpönten „fine tuning“ identifiziert). Dabei betont der Bericht, es gäbe „keine generellen Argumente gegen öffentliche Ausgaben als solche. Vielmehr ergeben sich für einige Länder Hinweise in der Richtung, daß die öffentlichen Ausgaben und ins-

besondere Investitionen seit einer Reihe von Jahren zurückhängen ... Es könnte sogar die Gefahr einer Überreaktion gegen öffentliche Ausgaben entstehen ...

Der Versuch zur Kontrolle der öffentlichen Ausgaben wirkt sich allzu sehr auf die öffentliche Investitionen in der wirtschaftlichen und soziale Infrastruktur aus und beeinträchtigt damit die generelle Produktivität der Wirtschaft“ (Ziff. 371)

Ursachen der Weltinflation

Ein Glaubensbekenntnis der Autoren findet sich in Ziffer 305: Sobald einmal die Vollbeschäftigung erreicht ist, will man sich „in erster Linie auf die sich selbst korrigierenden Kräfte in der Wirtschaft“ verlassen. Damit stellt sich die Frage, ob es nicht eigentlich gerade diese Kräfte sind, die auf dem Wege über kumulativ sich überstürzende Erwartungen die Inflation wieder zum Ausbruch kommen lassen würden.

Hier meint der Bericht nun, Preis-Lohn- oder Lohn-Preis-Spiralen seien bei vernünftiger Geldpolitik zu vermeiden, denn in deren Bereich sei zu Anfang der siebziger Jahre „die größten Fehler“ gemacht worden. Übermäßige Erwartungen könnten mit öffentlicher Bekanntgabe der Geldmengenziele vermieden werden. Auch lobt der Bericht die deutsche Methode der „konzentrierten Aktion“ als beispielhaft (Ziffer 376). Im übrigen wird auch für die Fiskalpolitik eine solche öffentliche Bekanntgabe, diesmal des „größten Defizits“, empfohlen. Das kann zur Kontrolle darüber, welche Konjunkturbelebungsmaßnahme die Regierung anstrebt, ebenso nützlich sein wie für die Messung ihrer Erfolge bei der Inflationsbekämpfung.

Welche Rolle hat nun die Haushaltspolitik bei der Inflation gespielt? Man weiß, daß die Bericht erstatter die Hauptschuld dafür der US-Fiskalpolitik zuschreiben, die den Vietnam-Krieg nicht mit Steuererhöhungen finanzieren wollte. Aber im übrigen zeigt der Bericht in Diagramm 22 (S. 21) für die OECD-Länder insgesamt eindeutig, daß die Fiskalpolitik in der ganzen Zeit von 1970 bis 1974 — allerdings mit Ausnahme des Jahres 1971 — bremsend wirkte. Die Geldmenge (M2) wurde die eigentlich Schuldige, denn sie wurde seit Ende 1970 bis Ende 1972 drastisch ausgeweitet (mit einer Jahresrate von 12 %!). Als das Mitte 1973 aufhörte, setzte die Rezession ein. Eigenlich widerspricht der Bericht hier seiner Eingangsbehauptung, wonach das Wahljahr 1972 eine so bedeutsame Rolle gespielt habe; die Haushaltspolitik der Regierungen war gerade nicht die Schuldige! Viel eher kann man von einem Alleingang der Geldpolitik im Zusammenhang mit der Mini-Rezession 1970/71 reden.

Zur Frage der Haushaltsdefizite betont der Bericht noch, sie seien in ihrer Massivität eben ein Resultat der Rezession und „der Erhöhung in der Weltspareneigung durch die Erdölpreise“ (Ziffer 321). Mit keinem Wort wird erwähnt, daß gleichzeitig auch in den Industrieländern die Spareneigung wuchs und daß die Defizite des Staates im Grunde hauptsächlich die Tatsache widerspiegeln, daß dann, wenn sich der private Sektor nicht mehr verschulden will, der Staat zwangsläufig die Schuldnerrolle übernehmen muß.

Der Bericht erkennt implizit an, daß in der Rezession praktisch kein „crowding-out effect“ stattfinden kann, weil es eben an Investitionsneigung fehlt. Aber „obwohl das Haushaltsdefizit unter den gegebenen Umständen nicht rezessiv ist, könnten doch Kapitalmärkte und öffentliche Meinung“ daraus pessimistische, für die Investitionen noch negativere Schlußfolgerungen ziehen (Ziffer 322). Als Gegenmaßnahme gegen solche Schwarzsehtenden empfiehlt der Bericht eine Mischung von Geld- und Fiskalpolitik, wie sie in einigen Ländern (Schweden? — Leider verschweigen die Autoren allzu oft die Namen!) so erfolgreich gehandhabt worden wäre. Es werden auch Einzelmaßnahmen empfohlen, so z. B. die Ausgabe von indexierten Staatsobligationen.

Damit ihre vorhergehenden Äußerungen nicht als allzu keynesianisch interpretiert werden, lassen sich die Autoren zum Problem der Erholungsperiode wie folgt aus: „Wenn der Aufschwung an Gewicht gewinnt, dann ... wird eine rasche Verringerung des Defizits der öffentlichen Haushalte notwendig“. Darauf werden sich nun manche Regierungen, vor allem die der Bundesrepublik, berufen wollen. Aber man stelle sich den ersten Halbsatz dreimal unterstrichen vor — zuerst muß der Aufschwung wirklich „Gewicht“ haben!

Die Minderheitsgutachten

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Hauptwert des Berichtes in der übersichtlichen Zusammenstellung der Daten liegt. Weiter wird man anerkennen müssen, daß hier von konservativer Seite für ein sinnvolleres „Demand Management“ plädiert wird. Ob die Wachstumsfreudigkeit, die der Bericht an den Tag legt, sich nicht bald als eine Illusion erweisen wird, bleibe dahingestellt. Die Hauptschwäche des Berichtes liegt im Verzicht auf eine Analyse des wiedergekehrten Konjunkturzyklus und seiner Rückwirkungen auf den Zukunftstrend. Auch die Gründe der Investitionsschwäche wurden nicht näher untersucht.

Von manchen Äußerungen haben sich nun einzelne Gutachter distanziert. Der Deutsche *Giersch* sagt mit Recht, die „vermeidbaren Fehler der Wirtschaftspolitik“ seien ungenügend beschrie-

ben, sagt allerdings auch erstaunlicherweise, er sei für Indexierung, denn damit hätten inflationäre Erwartungen neutralisiert werden können (in Italien scheint das nicht geklappt zu haben). *Giersch* hält das Wachstumsziel von 5,5 % in der OECD für „allzu ehrgeizig“, es sei denn, man wolle die Investitionen und die Arbeitsplatzschaffung „in wichtigen Ländern“ energisch fördern.

Der Türke *Karaoşmanoglu* und der Japaner *Komiya* haben beide kein Zutrauen zum „Marktmechanismus“. *Karaoşmanoglu* erinnert an die „konzentrierte Marktmacht in Händen von Wenigen“, deren entstabilisierende Wirkung man im Gegensatz zu der von Gewerkschaftsforderungen gar nicht analysiert habe. *Komiya* betont, daß Marktkräfte entstabilisierende Tendenzen in sich selbst tragen. Zudem macht der Japaner ironische Bemerkungen über das Konzept vom „schmalen Wachstumspfad“ und scheint dem „fine tuning“ doch gewogener zu sein, denn er meint, die Regierungen müßten eben ständig die Richtung wechseln, wenn sie vom Wachstumspfad herunterfielen. Im übrigen deutet er an, die Regierungen, die schüchtern geblieben seien, hätten eher danebengegriffen als die, die „drastische Maßnahmen früh genug“ einleiteten. Bei der Indexierung spricht er sich für Indexverträge zwischen Privaten aus, empfiehlt aber Vorsicht bei Regierungsverträgen. Bei den Löhnen wendet er sich gegen die (wenn auch qualifizierte) Ablehnung, die der Bericht in Ziffer 440 formuliert hatte.

Giersch formuliert mehr oder weniger die Auffassung der bundesdeutschen Regierungsstellen, wenn er sagt: „Wenn ein Land an Arbeitslosigkeit und Inflation leidet ... unter fluktuierenden Wechselkursen ..., dann können ihm andere Länder mit Reflation ihrer Nachfrage nicht helfen, denn die expansionären Effekte von außen fachen nur die Inflation erneut an ... Das Beschäftigungsniveau ... hängt einzig und allein (beim Floating) davon ab, ob die Reallöhne mit der Produktivitätsentwicklung übereinstimmen ...“. Das dürfte das Problem doch etwas zu sehr vereinfachen.

Komiya ist zwar auch dagegen, irgendwelche Länder von dem von ihnen gewählten „optimalen Pfad“ (den er anderswo ironisiert) abzubringen oder dazu anzuhalten, stärker zu expandieren, um anderen zu helfen. Aber er weist zumindest darauf hin, daß angesichts von Zentralbankmanipulationen („schmutzigem Floaten“) und Überreaktionen der Devisenmärkte keine Rede davon sein kann, daß das „Floating“ eine stabilisierende Tendenz ausübt und lehrbuchhafte Schlußfolgerungen erlaubt. Die Frage, ob nicht das „Floating“ selbst nicht unwesentlich zur inflationären Weltentwicklung beigetragen hat, wird nicht ausreichend geklärt.